

Rentenanwartschaften im Osten seit 1992 um 26,5 Prozent gesunken

Die durchschnittlichen Rentenanwartschaften in den neuen Bundesländern sind von 1992 bis 2010 um 26,5 Prozent gesunken. Das berichtete die »Leipziger Volkszeitung« unter Berufung auf Berechnungen des Bundesarbeitsministeriums. In einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der LINKEN wies der Parlamentarische Staatssekretär Andreas Storm (CDU) aber auch darauf hin, dass der durchschnittliche Zahlbetrag für die Rentner im selben Zeitraum um gut 70 Prozent gestiegen sei. Der Durchschnittswert liege mit 850 Euro im Osten deutlich über dem entsprechenden Westwert von 713 Euro.

Der relativ hohe Zahlbetrag für Ostrentner geht unter anderem darauf zurück, dass in der DDR bis zur Wende deutlich mehr Frauen berufstätig waren - häufig auch in Vollzeit - als in der damaligen Bundesrepublik. Mit Blick auf den Rückgang der Rentenanwartschaften sieht LINKEN-Parteichef Klaus Ernst inzwischen jedoch »auf den Osten Deutschlands eine Welle der Altersarmut zurollen«. Grund sei, dass »jetzt zunehmend die Jahrgänge in Rente gehen, die nach der Wende ohne Schuld ihren Arbeitsplatz verloren haben«, sagte Ernst der »Leipziger Volkszeitung«. Zu Buche schließe dann insbesondere, dass im Osten viele lange arbeitslos gewesen und die Löhne immer noch niedriger seien.

Auch Sozialverbände, Gewerkschaften und SPD haben bereits wiederholt vor der im Osten zu erwartenden Armut im Alter gewarnt. »Die Politik muss sich der drohenden Altersarmut im Osten endlich stellen«, sagte dazu Ernst. Er bekräftigte die Forderung seiner Partei nach einer Mindestrente. »Niemand darf künftig im Alter weniger als 850 Euro pro Monat haben«, verlangte der Vorsitzende der Partei DIE LINKE.